Polizisten vor dem Stadttempel in der Seitenstettengasse in Wien: Österreich kommt bei der Bekämpfung des Antisemitismus eine Vorreiterrolle in Europa zu – auch aufgrund seiner historischen Verantwortung.

Foto: Alex Halada/picturedesk.com

Jüdisches Leben besser schützen

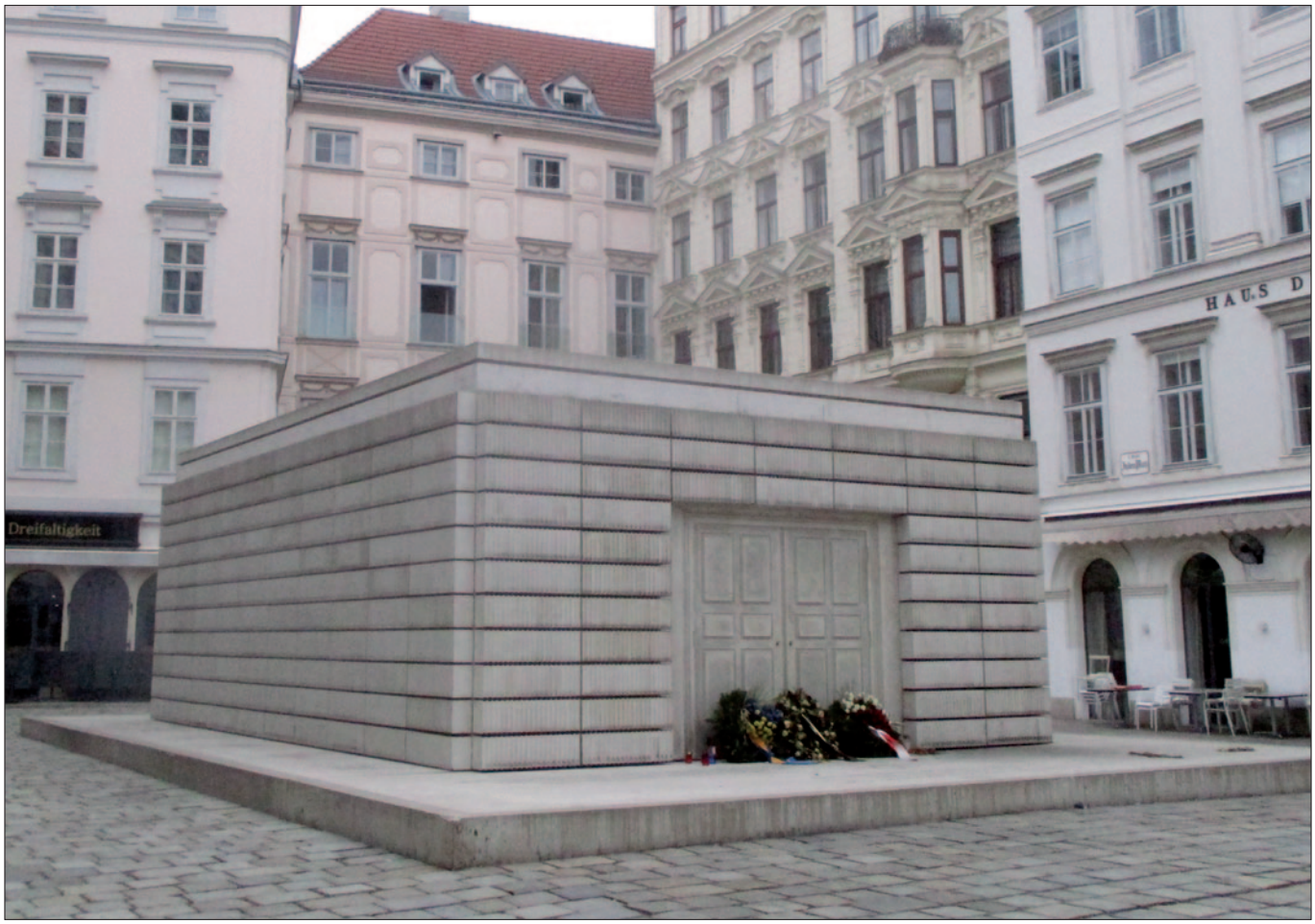
Mit der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ der Bundesregierung sollen jüdisches Leben gefördert und jüdische Einrichtungen in Österreich besser und umfassend geschützt werden. Österreich kommt in der Antisemitismusbekämpfung eine Vorreiterrolle in Europa zu.

Österreich hat eine historische Verantwortung, insbesondere vor dem Hintergrund des dunkelsten Kapitels in der Geschichte, der Shoa. Jüdinnen und Juden sind in der Geschichte immer wieder zu Feindbildern gemacht worden. Durch das Internet zieht sich eine Welle an Verschwörungstheorien mit antisemitischen Inhalten“, sagte Mag. Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung, bei der Präsentation der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ der Bundesregierung.

Teilnehmer der Strategie-Präsentation waren Vizekanzler Mag. Werner Kogler, der Präsident der Präsident der *Israelitischen Religionsgesellschaft Österreich (IRG)* und der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG),* Oskar Deutsch, und per Video die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein.

Oskar Deutsch betonte, dass jeder Mensch in Österreich aufgefordert sei, „sich gegen Antisemitismus dort aufzulehnen, wo er als Vorurteil daherkommt“. Im November 2020 wurde zwischen dem Bundesministerium für Inneres und der IRG ein neuer Fördervertrag für den Schutz jüdischer Einrichtungen unterzeichnet. Bei diesem Anlass sagte Innenminister Karl Nehammer, dass es Ziel sei, „ein starkes Zeichen für die Sicherheit aller in Österreich lebenden Menschen“ zu setzen. Antisemitismus dürfe „in unserer offenen, liberalen Gesellschaft keinen Platz haben“, betonte Nehammer.

Die erste nationale Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus soll dem Auftrag des Rates der Europäischen Union vom 6. Dezember 2018 Folge leisten. Damals nahmen die EU-Innenminister unter österreichischem Vorsitz die „Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa“ an. Darin verankert ist die Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, ganzheitliche Strategien zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus anzunehmen und umzusetzen. Österreich ist mit der Verabschiedung der Strategie gegen Antisemitismus als einer der ersten Mitglied-



Mahnmal am geschichtsträchtigen Judenplatz in Wien für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoa.

Foto: Werner Sabitzer

staaten dieser Verpflichtung nachgekommen. Die Europäische Kommission richtete 2019 eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der ganzheitlichen Strategien zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus ein.

In vier Sitzungen 2019 und 2020 wurden unter Beteiligung von Behördenvertretern der Mitgliedstaaten und Delegierten der jüdischen Gemeinden wesentliche Herausforderungen der jüdischen Communitys in Europa besprochen. Insbesondere der Schutz jüdischer Einrichtungen, die staatlich geförderte Finanzierung jüdischen Lebens und der Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen sowie die Vergleichbarkeit der Daten über antisemitische Übergriffe und Straftaten wurden auf EU-Ebene als besonders relevant bzw. in etlichen europäischen Staaten als verbesserungswürdig hervorgehoben.

Begriffsdefinition. Was ist unter Antisemitismus zu verstehen und welchen Begriff verwendet die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus"? Am 26. Mai 2016 wurde im Rahmen der Plenartagung der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* in Bukarest eine – nicht rechtsverbindliche – Arbeitsdefinition von Antisemitismus angenommen. Diese lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."

Wesentlich sind auch Beispiele, die zur Veranschaulichung dienen sollen und gemeinsam mit der Definition angenommen wurden. Es wird etwa klargestellt, dass Erscheinungsformen von Antisemitismus sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten können. Allerdings wird im Rahmen der IHRA festgehalten, dass Kritik an Israel, „die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden" kann.

Indikator für Probleme in einer Gesellschaft. Tatsächlich ist die Geschichte des Hasses auf Jüdinnen und Juden mehr als zweitausend Jahre alt. Das Phänomen Antisemitismus hat sich im Laufe der Jahrhunderte stets entwickelt und es kamen neue Akteure und Tätergruppen sowie Ausdrucksformen zum Vorschein. Ferner erfahren auch speziell in Zeiten von Krisen und Ungewissheit antisemitische Verschwörungstheorien Zuspruch und Verbreitung bei einem breiten ideologischen Spektrum – dies gilt aktuell auch für die Covid-19 Pandemie.

Die Wurzeln des heutigen Antisemitismus gehen in Europa zurück auf den religiös begründeten Antisemitismus („Juden als Christusmörder", „Ritualmordlegende") und den rassistischen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts. Aktuell stehen im Zentrum der Agitation der sekundäre und antiisraelische/antizionistische Antisemitismus. Der rassistische Antisemitismus – die ideologische Grundlage nationalsozialistischer Judenvernichtung – steht heute nur mehr vereinzelt im Vordergrund.

Ehemaliges Konzentrationslager Mauthausen; Gedenkstein im Mauthausen Memorial für jüdische Opfer des Nationalsozialismus.

Antisemitismus ist nicht auf Indikatoren wie Geschlecht, Alter oder Herkunft zu beschränken. Insbesondere beim antiisraelischen/antizionistischen Antisemitismus wird ersichtlich, dass solche Kategorien nur eine marginale Rolle spielen. Daher besteht auch die Notwendigkeit, die IHRA-Arbeitsdefinition auch unter Berücksichtigung der darin angeführten Beispiele anzuwenden. Bei der Verbreitung von judenfeindlichem Gedankengut wurde das Internet weltweit zum wichtigsten Kommunikationstool. Die scheinbare Anonymität trägt dazu bei, dass antisemitische Hassäußerungen, Stereotype und Ressentiments zunehmend explizit geäußert werden. Diese offen propagierte antisemitische Hetze kann nicht ohne Auswirkungen auf die reale Welt bleiben. Den „einen" Antisemitismus gibt es nicht, Antisemitismus ist in einer Komplexität vorhanden, der sich über ideologische Grenzen hinwegbegibt und die es zu erkennen und zu bekämpfen gilt. Internationale Trends und Tathandlungen (z. B. Anschläge auf Synagogen in den USA und Deutschland) können auch Aus- und Rückwirkungen auf Österreich haben. Diese Entwicklungen stellen die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen, denen mit aller Aufmerksamkeit, Beobachtung und Schärfe zum Schutz der Bevölkerung entgegen zu treten ist.

Die österreichische Bundesregierung akzeptierte am 25. April 2017 die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA und beschloss, diese dem Nationalrat und Bundesrat zur weiteren Behandlung zuzuleiten. Gleichzeitig sprach die Bundesregierung die Empfehlung aus, diese Arbeitsdefinition beispielsweise in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie bei der Ausbildung in den Bereichen Justiz und Exekutive zu verwenden (vgl. „Nationale Strategie gegen Antisemitismus", 53). Der Nationalrat nahm am 27. Februar 2020 die „Entschließung betreffend Verurteilung von Antisemitismus und der BDS-Bewegung" an. Die BDS-Bewegung (Akronym für „Boycott, Divestment and Sanctions") zielt auf die Abschaffung des Konzepts Israels als jüdischer Staat und ruft auf unterschiedlichen Ebenen – Kultur/Sport/Wirtschaft – dazu auf, mögliche Beziehungen zum Staat Israel zu unterbinden bzw. zu beenden. Was vordergründig als Menschenrechtskampagne für Palästinenser dargestellt wird, zeigt sich der Öffentlichkeit in Form von antiisraelischem/antizionistischem Antisemitismus. Das Spektrum der BDS-Kampagnen reicht von aggressiv antisemitischen Auftritten – manches erinnert an das einstige „Kauft nicht bei Juden" – bis hin zu kühl kalkulierten Aktionen, die sich gezielt gegen jene Unternehmen richten, die in palästinensischen Gebieten Felder oder Fabriken bewirtschaften.

IHRA

Internationales Netzwerk

Die *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA),* eine internationale Institution mit 31 Mitgliedstaaten und einem ständigen Sekretariat in Berlin, wurde 1998 auf schwedische Initiative als Taskforce für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (ITF) gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern.

Im Regierungsprogramm 2020-2024 legte die österreichische Bundesregierung die Basis für die Erarbeitung der innerstaatlichen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus.

Unter der Leitung des Bundeskanzleramtes und unter Mitwirkung der Bundesministerien für Inneres, Justiz, Landesverteidigung, Europäische und internationale Angelegenheiten, Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde eine 184 Seiten starke Strategie erarbeitet. Diese sieht 38 konkrete Maßnahmen in folgenden Bereichen vor: 1. Bildung, Ausbildung, Forschung; 2. Sicherheit und Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen; 3. Effektive Strafverfolgung; 4. Rahmenbedingungen im Integrationsbereich; 5. Dokumentation und europaweiter Datenvergleich; 6. Gesellschaftlicher Ansatz.

Fotos: Antonio-Maria Martino, Werner Sabitzer

Denkmal für jüdische Opfer 1938 bis 1945 in Wels.

Vorreiterrolle. Bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Antisemitismus geht es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Österreich kommt hier – auch aufgrund seiner historischen Verantwortung – eine Vorreiterrolle in Europa zu. Bereits vor der Verabschiedung der Strategie gegen Antisemitismus wurden in Österreich in verschiedenen Politikbereichen wichtige – in vielen Fällen im internationalen Vergleich vorbildliche – Maßnahmen gesetzt. So ist etwa der Schutz jüdischer Einrichtungen, der seit Jahrzehnten auf einer engen Zusammenarbeit zwischen dem BMI und der Israelitischen Kultusgemeinde beruht, ein europäisches Best-Practice-Modell.

Antisemitische Tathandlungen. Der tätliche Angriff auf den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz, Elie Rosen, im August 2020 verdeutlichte, dass jüdische Personen in Österreich nicht vor antisemitisch motivierten Übergriffen gefeit sind. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass zwischen 2008 und 2019 vom Forum gegen Antisemitismus bzw. von der Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde ein Anstieg von antisemitischen Vorfällen (von 46 (2008) auf 550 (2019)) verzeichnet wurde. Die jüngsten Erhebungen der EU-Grundrechteagentur zeigen ebenfalls ein besorgniserregendes Bild. 2018 wurden von der Agentur Stimmungen und persönliche Erfahrungen von 16.395 Personen (im Alter von mindestens 16 Jahren), die sich selbst als jüdisch betrachteten, in den EU-Mitgliedstaaten mit einer zahlenmäßig relevanten jüdischen Bevölkerung erfasst. Demnach nimmt Antisemitismus in Europa zu. Etwa 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Antisemitismus in ihrem Land zunimmt. Nahezu 30 Prozent der Befragten sind belästigt worden, wobei diejenigen am stärksten betroffen waren, die als jüdisch zu erkennen waren.

Mehr Unterstützung. Daher sieht die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“ der österreichischen Bundesregierung eine Verdreifachung der Investition für den Schutz jüdischer Einrichtungen und zur Förderung jüdischen Lebens auf vier Millionen Euro vor. Auch die Vorbereitung eines Zentrums für Antisemitismusforschung sowie die Gründung einer Plattform zur gesamtgesellschaftlichen Abstimmung sollen in Angriff genommen werden. Die Plattform soll regelmäßig zusammentreten, um zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Körperschaften, zivilgesellschaftlichen Institutionen und NGOs, Sport- und Jugendorganisationen, der IRG, Kirchen und Religionsgesellschaften sowie weiteren Einrichtungen Entwicklungen zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Es sollen auch legistische Vorhaben angestoßen werden, wie die Evaluierung und eine allfällige legistische Überarbeitung des Verbotsgesetzes, des Symbole-Gesetzes und des Abzeichengesetzes. Ebenso soll eine Prüfung möglicher Einziehungen von NS-Devotionalien im Rahmen eines Verfahrens nach dem Verbotsgesetz unabhängig von der Verwirklichung einer mit Strafe bedrohten Handlung und Evaluierung des Abzeichengesetzes erfolgen.

Da die Vergleichbarkeit der Daten über antisemitische Vorfälle europaweit verbesserungswürdig ist, soll es ein Monitoring der innerstaatlichen Datenlage in Bezug auf die Erfassung antisemitischer Vorfälle geben. Dabei wird es zu einer Abstimmung durch BMI und BMJ mit Organisationen der Zivilgesellschaft bis Ende 2021 kommen. Es soll auch eine Dokumentationsstelle im Zusammenhang mit der Verhütung und Bekämpfung des Antisemitismus unter Einbeziehung der Antisemitismus-Meldestelle der IKG und weiterer Akteurinnen und Akteure eingerichtet werden.

Etliche Maßnahmen sind in den Bereichen Bildung und Integration vorgesehen. Es wird etwa im Rahmen der Werte- und Orientierungskurse des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) ein eigenes Modul zu „Antisemitismus“ verankert. Die operative Koordination der Umsetzung der Strategie erfolgt durch eine dafür eingerichtete Stabsstelle im Bundeskanzleramt.

Die Präsentation der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ stieß national wie international auf Echo. Israels Botschafter in Wien, Mordechai Rodgold, würdigte auf Twitter die Strategie als „beispielgebend“. Der *European Jewish Congress (EJC)* begrüßte die Strategie als „entscheidenden Schritt zur Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus und zur Sicherung des jüdischen Lebens in Österreich“.

Antonio-Maria Martino

FOTO: WERNER SABITZER

EU-ARBEITSGRUPPE

EU-Strategie gegen Antisemitismus

Die Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus wurde von der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová, im März 2019 eingerichtet und soll die Mitgliedstaaten bei der Erstellung nationaler Strategien gegen Antisemitismus und der Umsetzung der Ratserklärung vom 6. Dezember 2018 unterstützen. Die Europäische Kommission soll im vierten Quartal 2021 eine Mitteilung über eine EU-Strategie gegen Antisemitismus vorlegen, die ebenfalls von der Arbeitsgruppe behandelt werden wird. Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe hat die Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, die seit 2015 die EU-Politik in diesem Bereich gestaltet.